

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 07/2012

19. Jahrgang

47. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19. September 2012

DIE LINKE – Interessenvertreter der Ortsteile

Der Mittelpunkt Brandenburgs



Nachdem alle Versuche des Ortsbeirates Fahrland bisher wenig erfolgreich waren, die Stadtverwaltung für den geografischen Mittelpunkt des Landes Brandenburg im Fahrlander See (irrtümlich oft „Fahrländer See“ genannt) zu interessieren, gibt es nun eine gute Möglichkeit, dem Rechnung zu tragen: Das Land Brandenburg hat inzwischen 65 Seen von der BVVG gekauft, um deren Privatisierungen zuvor zu kommen. Der Antrag der LINKEN wurde von den Stadtverordneten mehrheitlich beschlossen, nach dem der Oberbürgermeister in der November-SVV über die Möglichkeiten und Auswirkungen einer Übertragung des Sees auf die Stadt berichten soll. Die Zuordnung zur Stadt wäre kostenlos, führte Hans-Jürgen Scharfenberg aus. Den Mittelpunkt Brandenburg auf dem Gebiet der Landeshauptstadt zu haben, sollte man sich nicht entgehen lassen. Für eine touristische Aufwertung des bereits mit privaten Sponsorengeldern gekennzeichneten Punktes (Foto oben) habe er positive Reaktionen aus dem Land bekommen. Im Ortsteil Marquardt hat sich die Möglichkeit ergeben, dass die freiwillige Feuerwehr endlich ein bedarfsgerechtes Gerätehaus bekommen

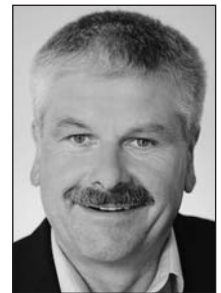
kann. Ein Investor, der auf dem Grundstück Wohnhäuser bauen will, hat sich bereit erklärt, ein Gerätehaus mit Sanitäreinrichtungen und Schulungsraum an anderer Stelle zu bauen und zur Miete anzubieten. Diskutiert wird schon lange über die unzureichenden Bedingungen für die Kameraden in Marquardt. Die LINKE nahm das Problem auf, der Antrag wird nun im Bauausschuss behandelt.

Ein generelles Problem der Ortsteile sprach die LINKE ebenfalls mit einem Antrag an, der beschlossen wurde. Jedem Ortsteil stehen lt. Einwohnerschlüssel Gelder zur Verfügung, über die er aber nicht so ohne Weiteres verfügen kann. Die Vereine, die in den Genuss kommen wollen, müssen ihren Bedarf in mehrseitigen Anträgen, Kostenvorschlägen usw. anmelden. Das wird geprüft, und – wenn genehmigungsfähig – vom Ortsbeirat beschlossen. „Die Antragsflut hindert sogar manchen ehrenamtlichen(!) Verein daran, sich überhaupt um Geld zu bewerben. Die derzeitige Regelung behindert die Unterstützung von Kultur, Sport und Heimatpflege in den Ortsteilen, wofür das Geld eigentlich eingesetzt werden soll“, sagte Ralf Jäkel, der zugleich Ortsvorsteher von Eiche ist.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Mit dem Beschluss zu einem städtebaulichen Wettbewerb haben die Stadtverordneten in großer Mehrheit den Startschuss für das Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg gegeben. Nach dem bestätigten Zeitplan



soll das neue Bad Ende 2016 eröffnet werden. Ich hoffe, dass dann auch das sanierte Terasenrestaurant „Minsk“ zu dem Ensemble gehören wird, denn im anstehenden Wettbewerb ist die Möglichkeit des Erhalts dieses Gebäudes ausdrücklich vorgesehen. Demnächst wird auch der von uns geforderte Beirat gebildet, der den Badneubau kontinuierlich begleiten soll. Die Stadtverordneten haben auch entschieden, der Wagenhausburg auf Hermannswerder noch eine Chance zu geben. Vorher hatte der Hauptausschuss gegen die Linken entschieden, dass die Wagenburgler ihren Standort spätestens in fünf Jahren räumen sollen, um das städtische Grundstück für viel Geld verkaufen zu können. Jetzt sollen sich jetzt die Ausschüsse noch einmal mit dem dauerhaften Verbleib dieser alternativen Wohnform auf Hermannswerder beschäftigen. Während der Oberbürgermeister in diesem Fall auf die Zwänge des Stadthaushalts verweist, sieht er das bei den Diskussionen um den Lustgarten und das Hotel „Mercure“ offensichtlich ganz anders. Mit seiner ausdrücklichen Zustimmung wollte die CDU mit einem Antrag prüfen lassen, unter welchen Voraussetzungen die Stadt das Hotel kaufen kann, um es dann abzureißen. Dieser Antrag ist in abgewandelter Form beschlossen worden, obwohl der Erhalt des „Mercure“ als Hotel sehr wahrscheinlich ist.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Wie teuer soll der ÖPNV sein?

Die Diskussionen um einen für die Nutzer kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr haben erneut die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung erreicht.



DIE LINKE hatte beantragt, zu prüfen, ob eine Leipziger Aktion auch in Potsdam gemacht werden könnte. Dort hatten die Verkehrsbetriebe für wenige Tage Autofahren die kostenlose Nutzung ihrer Angebote gestattet und damit bundesweites Aufsehen erregt. Ergebnis der Prüfung: „Die Leipziger Aktion wird...nicht als in Potsdam praktikabel bewertet.“

Da auch im Bürgerhaushalt immer wieder der kostenlose ÖPNV an vorderer Stelle auftaucht, werden die Diskussionen weiter gehen, in den Ausschüssen und auch in der LINKEN. Fakt ist, wenn die Fahrscheinerlöse fehlen, muss dieses Geld anders aufgebracht werden. Eine z.B. in Frankreich erhobene Nahverkehrsabgabe scheiterte in Deutschland bisher an verfassungsrechtlichen Bedenken. Wobei in Frankreich der Nahverkehr auch nicht kostenlos genutzt wird. Von Seiten der Verkehrsunternehmen wird gesagt, dass die Kapazitäten für einen befürchteten Ansturm gar nicht vorhanden sind und mit gewaltigen zusätzlichen Mitteln erst geschaffen werden müssten. Und Mittel aus der Straßenunterhaltung bzw. den Mauteinnahmen um zu lenken, dürfte im Autoland Deutschland schwierig sein. Umweltschutz und Verkehrskollaps zwingen aber dazu, über die Zukunft anders als bisher nachzudenken. Studien bzw. Befragungen ergaben auch, dass der Preis nicht das Entscheidende bei der Wahl der Verkehrsmittel ist. (Auch Auto fahren ist teuer!) Wichtig sind die Erhöhung der Attraktivität und die Verbesserung der Angebote, was wiederum Geld kostet. Ein Weg wäre die (noch stärkere) Finanzierung aus Steuermitteln. Aber um dahin zu kommen, ist der Entscheidungsdruck noch längst nicht groß genug. Auch soziale Aspekte könnten über sozial gestaffelte Tarife besser beachtet werden als über ein „kostenlos für alle“.

Dr. Klaus-Uwe Gunold

Bürger- und Begegnungshäuser

Das Rahmenkonzept für die mittlerweile zehn Bürger- und Begegnungshäuser soll weiterentwickelt werden. Die Stadtverordneten beschlossen den Antrag der LINKEN mehrheitlich. Das Konzept ist den aktuellen Erfordernissen anzupassen, als Grundlage der Finanzierung ist eine Förderrichtlinie zu erarbeiten, die den jährlich aktuellen Erfordernissen angepasst wird. „Die hierfür erforderlichen Personalressourcen sind über befristete Werk- bzw. Leistungsverträge sicherzustellen. Die dafür notwendigen Mittel sind ... zusätzlich bereitzustellen.“ Konzept und Förderrichtlinie sollen im 2. Halbjahr 2013 den Stadtverordneten vorgelegt werden.

Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler

Der Schulweg für die Fontane-Grundschüler soll sicherer werden. Viele von ihnen müssen die Straße Zum Teufelssee, eine Haupteinfahrtsstraße für den hinteren Bereich des Wohngebietes, überqueren, um zum Hort „Zauberwald“ zu kommen. Zusätzliche Maßnahmen, über die 30 km/h-Beschränkung hinaus, sind notwendig. Für die November-Sitzung erwarten die Stadtverordneten einen Bericht des Oberbürgermeisters über die Möglichkeiten.

Uferweg Alte Fahrt

Stefan Wollenberg begründete den Antrag der LINKEN, dass geprüft werden soll, den Uferweg an der Alten Fahrt während der Bauarbeiten auch für Rollstuhlfahrer gefahrlos passierbar zu halten. Das Ufer müsse für alle erlebbar bleiben.

Matthias Klipp begründete, warum es schwer sei, dem nachzukommen, wenn zum Beispiel die Spund-

wand gesetzt werde. Die Prüfung soll in der SVV im Dezember vorgestellt werden.

Bilanz Vergabegesetz

Seit 1. Januar ist in Brandenburg ein Vergabegesetz in Kraft, das den Zuschlag für öffentliche Aufträge an die Zahlung von Tarif-/Mindestlöhnen bindet. Mit ihrem mehrheitlich beschlossenen Antrag fordert die LINKE den Oberbürgermeister auf, im Dezember einen Bericht über die Anwendung und die Wirkungen des Gesetzes zu geben. Er erwarte auch, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg in seiner Antragsbegründung, Aussagen zum Mindestlohn und zu den Kontrollinstrumenten.

Fahrlander See

Einer der 65 brandenburgischen Seen, die das Land für 3,74 Millionen Euro von der BVVG gekauft hat, ist der Fahrlander See. Mit dem Antrag der LINKEN soll der Oberbürgermeister bis zum November 2012 darüber informieren, welche Auswirkungen eine Zuordnung des Fahrlander Sees zur Landeshauptstadt Potsdam haben würde, bzw. welche Alternativen die Stadtverwaltung sieht. Potsdam müsse den See nicht kaufen, führte Hans-Jürgen Scharfenberg aus, aber: wie soll er bewirtschaftet werden? Er erinnerte daran, dass der Fahrlander See der größte See ist, den das Land gekauft hat. Außerdem liege im See der Mittelpunkt des Landes Brandenburg. (Seite 1)

Bürokratieabbau für Ortsteile

Mehrheitlich beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, dass der Oberbürgermeister prüfen soll, wie der Bürokratieaufwand bei der Verwendung des Sachaufwandes der Ortsteile wirksam verringert werden kann. (s.Seite 1)

WagenHausBurg Hermannswerder

Erneut in die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der LINKEN, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg über einen Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrag für den jetzigen Standort zu verhandeln. Zu diesem Antrag war von der Bündnis 90/Grünen-Fraktion ein Ergänzungsantrag eingereicht worden, nach dem der Beschluss des Hauptausschusses, der eine Woche zuvor der WagenHausBurg eine Frist von fünf Jahren zugebilligt hatte, aufzuheben sowie einen B-Plan für die Fährwiese Hermannswerder aufzustellen sind.

Brückenabriss

Im Bauausschuss wird der Antrag der LINKEN beraten, dass die Brücke vom Zentrum Ost über die Nutheschneelstraße erst zum Ende der Bauarbeiten (2015) abgerissen werden soll.

Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Im Finanz- und dem Bauausschuss wird der Antrag der LINKEN beraten, nach dem in enger Abstimmung mit dem Landesministerium die Finanzierung des Wohnheimneubaus der Sportschule im kommenden Haushaltsjahr realisiert werden soll.

Ausbau Lindstedter Straße

Im Bauausschuss und dem Ortsbeirat Eiche wird der Antrag der LINKEN behandelt, der einen Ausbau der Lindstedter Straße in Eiche „in ortsüblicher Ausführungsform mit Fahrbahn plus Gehweg“ vorsieht.

Feuerwehr-Gerätehaus in Marquardt

Kurzfristig soll im Ortsteil Marquardt ein bedarfsge-
rechtes Feuerwehr-Gerätehaus erhalten. (Seite 1)

Radweg Friedrich-Engels-Straße

Der kürzlich in der Friedrich-Engels-Straße entfernte
separate Radweg soll wieder aktiviert werden. Über
den Antrag der LINKEN berät der Bauausschuss.



Verband Kommunaler Krankenhäuser

Im Hauptausschuss wird ein Vorschlag der LINKEN
beraten, dass das Klinikum Ernst von Bergmann enger
mit den 19 kommunalen Krankenhäusern zusammen-
arbeitet und mit ihnen möglichst einen Verband bildet.

Azubis im Wissenspeicher

Geprüft werden soll, ob und in welchem Umfang sich
der Wissenspeicher (Stadt- und Landesbibliothek,
Volkshochschule, Wissenschaftsforum) als Ausbil-
dungsstätte für junge Menschen eignet.

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Pförtnerampeln flexibel steuern?

Ralf Jäkel hatte die vielfach gestellte Frage aufgegriffen, die sogenannten „Pförtnerampeln“ verursachten lange Staus auf den Einfahrtstraßen an den Stadträndern. Liegen Erkenntnisse darüber vor, wie das Verkehrsmanagement verbessert werden könnte? Beigeordneter Matthias Klipp verteidigte vehement das umweltorientierte Verkehrsmanagement, es sei nicht für die Beseitigung der Verkehrsprobleme eingeführt worden, eine Abschaltung würde die „signifikante, strafbewehrte Überschreitung der Luftschadstoffwerte“ zurückbringen. Es gebe kontinuierlich Anpassungen und manuelle Eingriffe, wenn nötig, und es werde auch weitere Optimierungen geben. Eine wirksame Verbesserung könne nur durch die Senkung des motorisierten Individualverkehrs erreicht werden. Auf die Nachfrage von Birgit Müller, ob ein kostenloser ÖPNV eine Alternative wäre, sagte Klipp, Erhebungen der ViP hätten ergeben, dass der materielle Anreiz nicht das Ausschlaggebende für den Umstieg auf den ÖPNV sei. Eine individuelle Einsparung sei bereits jetzt bei einem Mittelklassewagen auf der Kurzstrecke gegeben.

Uferweg am Lehnitzsee in Neu Fahrland möglich?

Wenig Chancen auf einen öffentlichen Uferweg am Lehnitzsee räumte der Beigeordnete Burkhard Exner ein. Hans-Jürgen Scharfenberg wollte wissen, ob sich im Zusammenhang mit dem Verkauf der Siemens-Villa die Gelegenheit biete, dass der Uferweg zwischen Heinrich-Heine-Klinik und Heinrich-Heine-Weg wieder frei zugänglich gemacht werden kann.

Es gebe keine Eintragung im Straßenregister und auch keine Widmung aus Gewohnheit, die aus DDR-Zeit noch anerkannt werden könnte, begründete Exner. Da es sich um un bebauten Außenbereich handelt, für den auch kein Bebauungsplan existiere, komme auch ein Vorkaufsrecht der Stadt nicht infrage. Dort einen Uferweg zu bekommen, „geht nur auf freiwilligem Weg“, sagte Exner. Zur Zeit gebe es allerdings keine Anhaltspunkte für Verkäufe.

Erinnerung an Trümmerfrauen?

Kulturausschuss und Beirat für Kunst im öffentlichen Raum beschäftigen sich schon geraume Zeit mit dem Antrag der LINKEN, die Trümmerfrauen in Potsdam gedenkend zu ehren. Inzwischen hat man sich erinnert, dass es Ähnliches in Potsdam schon gibt: Eine Bronzeskulptur von Eberhard Bachmann steht seit Ende der 1950er Jahre in der Burgstraße mit dem Titel „Aufbauhelferin“. Karin Schröter fragte nach dem Stand, denn der Kulturausschuss hatte die Neuaufstellung der „Aufbauhelferin“ in der Burgstraße für den 14. April 2012, den Tag der Bombardierung Potsdams, vorgeschlagen. Beigeordnete Iris Jana Magdowski teilte mit, dass der Beirat keine Probleme sehe, die Bronzeplastik in Trümmerfrau umzubenennen und das „vernachlässigte Umfeld“ zu gestalten. In feierlichem Rahmen soll die neue Gedenkstätte am 14. April 2013 eingeweiht werden, denn hier in der Innenstadt sei das Zentrum der Zerstörung gewesen.

Turnhalle am Griebnitzsee

Für die vertragsgemäße Nutzung der neuen Turnhalle der Grundschule Griebnitzsee bezahlt die Stadt monatlich 9000 Euro Miete an das Erzbistum als Schulträger. Ist es zutreffend, dass dafür nur ein Drittel der Halle genutzt werden kann, fragte Stefan Wollenberg.

Iris Jana Magdowski bestätigte, dass laut Vertrag zwischen KIS und Erzbistum für 8900 Euro monatlich ein Drittel der neuen Sporthalle genutzt werde. Dies entspreche den Raumprogrammempfehlungen des Ministeriums. Nach Schulschluss stehe dieser Teil auch den Vereinen für den Übungs- und Trainingsbetrieb zur Verfügung. Auf den Einwand von Wollenberg, dass die Fläche nicht für Hallenfußball ausreiche, sich die Möglichkeiten also verschlechtert hätten, was ein grundsätzlicher Stadtverordnetenbeschluss untersagt hat, argumentierte Magdowski, Es gebe keine Verschlechterung, wenn man die Qualitätserhöhung bedenkt.

Zwei Geschäftsführer?

Hans-Jürgen Scharfenberg bezog sich auf die Ablehnung eines Beschlusses der LINKEN in der August-SVV. Die LINKE hatte vorgeschlagen, dass kleine städ-

tische Gesellschaften keinen zweiten hauptamtlichen Geschäftsführer haben müssen. Zuvor schon hatte der Oberbürgermeister eine zweite Geschäftsführerstelle bei der Polo (städtische Immobilienvertriebsgesellschaft mbH) – mit dem Hinweis auf eine angebliche Empfehlung der Transparenzkommission – besetzt. Diese hatte, wie Scharfenberg ausführte, die Empfehlung aber lediglich für die großen städtischen Unternehmen ausgesprochen. Jann Jakobs konnte dem nur entgegen, dass die Transparenzkommission die doppelte Besetzung kleiner Unternehmen auch nicht ausgeschlossen habe, die Aussage sei „interpretationsfähig“.

Gespräche mit Wohnungsunternehmen?

Im SVV-Beschluss vom August zur Drosselung der Mietentwicklung in der städtischen Wohnungsgesellschaft war festgelegt worden, auch für freiwillige Beschränkungen in den anderen Wohnungsunternehmen zu werben. Was hat der Oberbürgermeister bisher unternommen?, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Auf nochmalige Nachfrage sagte Jann Jakobs zu, dass er auch Gespräche mit anderen Wohnungsunternehmen, wie z.B. der Fa. Semmelhaack, führen würde. Er werde das Thema im Arbeitskreis Stadtspreuen, in dem die großen Wohnungsgesellschaften zusammenarbeiten, bei der nächsten Zusammenkunft im Herbst ansprechen.

Ehrenamtspass-Vergünstigungen?

Mit der Übernahme des Ehrenamtspasses des Landes Brandenburg verbindet sich in Potsdam die Erwartung, mit eigenen Leistungen das ehrenamtliche Engagement anzuerkennen. Welche Leistungen gibt es in Potsdam?, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Elona Müller-Preinesberger konnte keine konkrete Zahl von Ehrenamtspass-Inhabern in Potsdam nennen und verwies auf die allgemeinen Vergünstigungen, an denen sich mit ermäßigten Eintrittskarten auch das Hans-Otto-Theater und die Schloßerstiftung beteiligt und auf die praktizierte „Anerkennungskultur“ in Potsdam. An der 2013 vorgesehenen Ehrenamtskarte wollen sich bisher das Hans-Otto-Theater, die Kammerakademie, das Kabarett Obelisk, Karstadt und Mollathaus Gennrich beteiligen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
15.; 22. und 29. Oktober; 5.; 12. und 19. November 2012

48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
7. November 2012, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Kulturscheune Marquardt, Fahr-
länder Straße 1c, Ortsteil Mar-
quardt
11. November 2012, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 8/2012**
Stadthaus, Raum 3.107
16. bis 21. November 2012 (außer
Sa. und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit,
den Rathausreport an den Info-
Ständen der Fraktion DIE LINKE
in den Stadtteilen zu bekommen.

**Bürgersprechstunde
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
(Mdl) und Fraktionsvorsitzen-
der**
am 11. Oktober 2012, 16:30 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankündigungen sind möglich
unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail:
wkbscharfenberg@aol.com

Mit Schwimmhalle und „Minsk“

Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

In den Städtebaulichen Wettbewerb zur Gestaltung des Brauhausberges wird die Schwimmhalle und das Terrassenrestaurant „Minsk“ einbezogen. Diesen Antrag der LINKEN hatte der Ausschuss für Stadtplanung

und Bauen in die städtische Vorlage mit aufgenommen. Demnach wird der Wettbewerb bis Juli 2013 laufen. Baubeginn des Sport- und Freizeitbades soll im Dezember 2014 und Fertigstellung im Oktober 2016 sein.

Rathausreport Live in Babelsberg

Polizeirevier Babelsberg bis Ende 2013 besetzt

Die Fraktion der LINKEN hatte zum Rathaus Report Live den Chef der Polizeiinspektion Potsdam, Mike Toppel, eingeladen, schließlich traf man sich im Thalia in Babelsberg, und die Schließung der Babelsberger Polizeiwache im Zuge der Polizeistrukturreform im Land Brandenburg hatte zu Diskussionen bei den Babelsbergern geführt. Seit März dieses Jahres ist Toppel der Leiter der Polizeiinspektion Potsdam. Nur dadurch, dass der Mietvertrag



für die Polizeiwache in Babelsberg noch bis Ende 2013 läuft, werde das Gebäude noch rund um die Uhr genutzt. Danach werde die Polizei aber trotzdem vor Ort sein, versicherte Toppel, in der Regel mit 2 bis 3 Streifenwagen und natürlich den 12 Revierpolizisten, die auf dem Gebiet von Babelsberg täglich ihren Dienst tun. Der zuständige Revierpolizist sei telefonisch in der Polizeiinspektion zu erfragen bzw. im Internet ersichtlich, erklärte er auf Nachfrage. Die Revierpolizisten halten Kontakt zu den öffentlichen Einrichtungen, kümmern sich um die Schulwegsicherung, treten in Schulen auf, sind der Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße oder bei ihren Sprechstunden.

Zum Kriminalitätsgeschehen verwies Toppel auf eine abnehmende Kriminalitätsrate. Gab es 2010 noch 2157 Fälle, so waren es 2011 „nur“ noch 2090, in diesem Jahr werde die Zahl voraussichtlich weiter abnehmen. Auf Nachfrage erklärte er, dass eine Erhöhung

der Aufklärungsquote von 46 Prozent angestrebt wird.

Zur Unfallstatistik (mit rückläufigen Unfallzahlen, aber ansteigenden Personenschäden) betonte er den Schwerpunkt der zunehmenden Fahrradunfälle. „Potsdam ist eine Fahrradfahrerstadt, wir haben noch keine Lösung gefunden“, sagte er. Ob Fahrradwege auf den Fahrbahnen Unfälle begünstigten, konnte er nicht bestätigen. „Das kann man nicht schlussfolgern, denn zum Beispiel separate Radwege werden von Autofahrern besonders beim Abbiegen leichter übersehen.“ Das Problem des Fahrradfahrens auf dem Gehweg sei ihm bewusst: „Es ist ein Teufelskreis, weil Radfahrer sich fürchten, auf der Fahrbahn zu fahren, aber damit die Fußgänger gefährden.“ Die Präsenz der Polizei im Stadtbild werde sich auch bald wieder erhöhen, er habe vier Kollegen für die Fahrradstreife gewonnen, die die aufgelöste Fahrradstaffel ersetzen sollen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam